

NIEDERSCHRIFT Nr.: 14/S

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 07.09.2016, um 18.15 Uhr**

14. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 18.15 Uhr

Sitzungsende: 18.45 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Staatsrat Siering

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Ralf Behrend

Frau Birgit Bergmann

Herr Søren Brand für Frau Alexandra Werwath

Herr Björn Fecker

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Herr Dr. Volker Redder

Herrn Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Helmut Weigelt für Herrn Mustafa Güngör

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Frau Bullenkamp

Herr Cordßen

Herr Drücker

Frau Frese

Frau Jansen

Herr Dr. Kühling

Frau Niestädt

Herr Peters

Frau Stellmacher

Gäste

Herr Gauss (BBA Bremer Aufbau-Bank)

Herr Howe (bremenports)

Herr Schumacher (BLG)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Abg. Kottisch bittet darum, die Vorlage zu TOP 9 auszusetzen.

Gegen die Tagesordnung werden keine weiteren Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 13/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (öffentlicher Teil) vom 10.08.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenberichte zum 30.06.2016**

Vorlage Nr. 19/196-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt den Zwischenbericht zum 30.06.2016 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt
Zwischenbericht zum 30.06.2016**

Vorlage Nr. 19/209-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 30.06.2016 zur Kenntnis.

TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Hafen

Zwischenbericht zum 30.06.2016

Vorlage Nr. 19/210-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Hafen nimmt den Zwischenbericht zum 30.06.2016 zur Kenntnis.

An die Deputation

TOP 5 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis Juni 2016

Vorlage Nr. 19/198-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Juni 2016 zur Kenntnis.

TOP 6 Beteiligungsbericht über das 1. - 2. Quartal 2016

Vorlage Nr. 19/199-L/S

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** und des **Abg. Kastendiek** erklärt **Herr Dr. Kühling**, dass die Verschmelzung von „bremen online“ mit der WFB (Wirtschaftsförderung Bremen) abgeschlossen sei. Die WFB befände sich zzt. in einem Neuordnungsprozess, man gehe derzeit davon aus, dass das Eigenkapital noch bis 2018/19 reichen werde. Herr Senator Günthner habe dazu bereits einen Bericht für die Deputation angekündigt.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. – 2. Quartal 2016 zur Kenntnis.

TOP 7 Controllingbericht der WFB per 30.06.2016

Vorlage Nr. 19/200-L/S

Abg. Frau Grobien weist auf die Seite 5 der Anlage hin, hier sei unter dem Punkt „Vermarktung von Gewerbeflächen“ für den Bereich Dispositionsreserve eine deutliche

Abnahme der verfügbaren Flächen zu verzeichnen.

Dep. Dr. Redder merkt an, auf den Grafiken in der Anlage Seite 1-4 sei erkennbar, dass die definierten Ziele unter dem Vorjahresniveau lägen. Seines Erachtens sei es sinnvoll, ambitioniertere Ziele zu definieren um damit Kräfte für die Zielerreichung freizusetzen.

Staatsrat Siering weist darauf hin, dass die Planaufstellung der WFB sich auf realistisch eingeschätzte Möglichkeiten beziehe, die von der Geschäftsführung als geeignet gesehen werden. Es wäre auch nach seiner Einschätzung wünschenswert, wenn mehr Flächen als Dispositionsreserve vorgehalten werden könnten. Man könne jedoch nur Flächen entwickeln, die zur Verfügung stünden.

Herr Dr. Kühling stellt fest, dass in den letzten Jahren gute Erfolge durch Vermarktung erzielt wurden, die Erschließungen jedoch nicht im gleichen Maße mitgewachsen seien. Wenn die Erschließung großer Flächen wie im Bereich des Gewerbeparks Hansalinie und im Bereich des GVZ abgeschlossen sei, wirke sich dies auch positiv auf die Dispositionsreserve aus.

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** zur auf Seite 7 der Anlage dargestellten Anzahl der beschiedenen Anträge, erklärt **Herr Dr. Kühling**, dass aufgrund der haushaltslosen Zeit am Anfang dieses Jahres nicht in dem üblichen Rahmen gehandelt werden konnte. Jetzt werde daran gearbeitet, die hierdurch aufgelaufenen Projekte zu bescheiden.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** stellt er fest, dass die auf Seite 7 der Anlage aufgestellten Prognosen nach heutigem Wissen aufrechterhalten werden.

Auf weitere Nachfragen des **Dep. Dr. Redder**, wie sich die auf der Seite 12 der Anlage dargestellte reduzierte Teilnehmerzahl bei Veranstaltungen im Gegensatz zum Vorjahr erkläre sowie auf Seite 14 der Vorlage, wie sich die Differenz bei den Erträgen zwischen Ist und Prognose ergebe, erklärt **Herr Dr. Kühling**, dass die Antworten dazu mit dem Protokoll (siehe Anlage 3) nachgereicht werden müssten.

Staatsrat Siering weist darauf hin, dass für die Erlöse aus den Geschäftsbesorgungsverträgen noch nicht die Abdeckung erfolgt sei; es handele sich hier um einen Halbjahresbericht.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der WFB per 30. Juni 2016 zur Kenntnis.

Hier: Ankauf der Anteile der Verkehrsvereins an der BTZ durch die WFB

Vorlage Nr. 19/217-S

Abg. Frau Grobien bitte um eine kurze Einführung zu der Vorlage.

Herr Dr. Kühling erläutert, dass aufgrund von Änderungen im EU Beihilfe- und Vergaberecht eine Prüfung der Aufstellung der BTZ (Bremer Touristik-Zentrale) notwendig geworden sei. Diese wurde durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgenommen.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge seien durch die öffentliche Hand Dienstleistungen zu erbringen, die für die gemeinwohlorientierte Versorgung der Bevölkerung notwendig seien. Dies sei für die Bereiche unproblematisch, in denen diese Leistungen nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern stünden. Mit der Neuaufstellung ergäbe sich eine höhere Rechtssicherheit, weil sog. DAWI (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse) gesondert ausgewiesen würden. Auf Nachfrage der **Abg. Frau Grobien** ergänzt er, dass der Verkehrsverein zukünftig nicht mehr Gesellschafter der BTZ sei. Dies werde mit Zustimmung des Verkehrsvereins umgesetzt, der nach wie vor bestehen bleibe.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Ankauf der Anteile des Verkehrsvereins an der BTZ durch die WFB zu.

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 9 Einzelhandel in der Überseestadt
in Ergänzung zum Kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen**
Vorlage Nr. 19/218-S

Die Vorlage wird ausgesetzt.

**TOP 10 Bericht zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE "Der
Gesamthafenbetriebsverein muss auch im Logistikbereich der führende
Personalanbieter sein - GHBV erhalten, stärken und für Arbeit und Ausbildung
nutzen" vom 08. Juni 2016 (Drucksache 19/313 S)**

Vorlage Nr. 19/185-S

Abg. Kastendiek begrüßt Herrn Schumacher von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft

(BLG).

Auf die Bitte des **Abg. Fecker** hinsichtlich einer kurzen Einführung verweist **Herr Schumacher** auf den vorliegenden Bericht. Dies sei auch heute noch im Wesentlichen der aktuelle Stand.

Der **Abg. Rupp** kritisiert die von der GHBV gezahlten Löhne, diesem sollte eigentlich das Landesmindestlohngesetz entgegenwirken. Zudem werden durch den GHBV nach Aussagen von Beschäftigten besonders flexible Arbeitszeiten gefordert. Er hinterfragt die Position des GHBV zu flexibler Arbeitszeit jenseits von regulären Arbeitszeiten und kritisiert die Ausnutzung der Arbeitnehmer, um gegen Leiharbeitsfirmen konkurrenzfähig sein zu können. Da es sich bei dem GHBV um die Umsetzung eines Bundesgesetzes handele, stelle sich die Frage, welche Initiativen wären notwendig, damit Bremen mehr Einfluss darauf nehmen könne.

Herr Schumacher führt hierzu aus, im Vergleich zu anderen Anbietern gäbe es kleine Kostenunterschiede für die BLG, die im Allgemeinen aber nicht relevant seien. Der GHBV zahle mit einem Stundenlohn von zzt. 9,47 Euro deutlich über Mindestlohn. Er hebt hervor, dass flexible Arbeitszeiten nicht gleichzeitig unmenschliche Arbeitszeiten bedeuten. Die Aufgaben, die der GHBV abdecke werden durch ein Bundesgesetz geregelt. Die Lohnhöhe sei in Tarifverhandlungen zwischen Ver.di und dem Unternehmensverband Bremische Häfen (UBH) festgelegt worden. Der GHBV wurde seinerzeit gegründet, um sozialverträgliche Rahmenbedingungen für die Hafentarbeiter zu schaffen und setze sich damit von den heutigen Personaldienstleistern ab. Die Reduktion auf das Kerngeschäft müsse auf der Ebene von Ver.di und dem UBH geklärt werden, ohne dabei die Grundkonstruktion des GHBV zu gefährden.

Abg. Rupp stellt die Frage, welche Art von Flexibilität von den Arbeitnehmern erwartet werde. Vor dem Hintergrund der dargestellten schlechten Rentabilität im Logistikbereich stelle sich die Frage, ob nicht bessere Verhandlungsergebnisse mit Großkunden erzielbar seien. Auch wenn sich die Bedingungen in der Hafenlogistik geändert hätten sei politisch zu hinterfragen, was eine Zurückführung auf das Kerngeschäft für den Standort bedeute.

Abg. Kastendiek fragt nach, was notwendig sei, um den GHBV wieder stärken zu können.

Herr Schumacher führt aus, dass Rahmenbedingungen mit dem Betriebsrat vereinbart wurden, um die notwendige Flexibilität erreichen zu können. Dies beinhalte u.a. auch Einsätze an Wochenenden und richte sich nach den Kundenwünschen. Habe z. B. Tchibo eine Sonderaktion, so erhöhe sich natürlich der Umfang des Personaleinsatzes gegenüber dem normalen Alltagsgeschäft. Dies seien Anforderungen, die relativ

kurzfristig auf den GHBV zukämen. Es gäbe allerdings Vorlaufzeiten, so dass die Arbeitnehmer zeitnah über den Einsatz informiert würden. Ebenso gäbe es zur Weihnachtszeit natürlich erhöhten Personaleinsatz sowie z. B. auch im Automobilgeschäft bei Zulieferungen für neue Modelle. Der GHBV solle kostendeckend arbeiten, was ihm zzt. weder im Distributionsbereich noch im Hafbereich gelänge. Es werde im Jahr 2016 ein Defizit von rd. 5 Mio. Euro geben. Der GHBV habe zwei Geschäftsfelder, den Umschlag im Hafbereich und den Distributionsbereich. Er werde sich daher künftig wieder mehr auf sein Kerngeschäft, den Hafenumschlag, konzentrieren. Im Ausschuss für Personal und Arbeit (APA) werden durch die Vertreter von Ver.di und dem UBH Beschlüsse gefasst, um die Sanierung des GHBV vorantreiben zu können. Vereinbart sei, Arbeitnehmer aus dem Distributionsgeschäft in den Bereich Hafenumschlag zu versetzen.

Abg. Reinken weist auf die Seite 7 der Vorlage hin, hier sei aufgeführt worauf sich die Sozialpartner geeinigt hätten. Eine Einmischung im Einigungsprozess der Tarifpartner sei nicht Aufgabe der Bremischen Bürgerschaft. Wichtig sei, dass am Ende des Prozesses weiterhin gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen in den Bremischen Häfen stünden. Es sei nicht nur im Interesse der BLG sondern auch der anderen Hafbetreiber, dass der GHBV bestehen bleibe.

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 08. Juni 2016 (Drucksache 19/313 S) zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung des Berichtes an die Bremische Bürgerschaft und empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft, den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE „Der Gesamthafenbetriebsverein muss auch im Logistikbereich der führende Personalanbieter sein – GHBV erhalten, stärken und für Arbeit und Ausbildung nutzen“ (Drucksache 19/313 S) vom 08. Juni 2016 abzulehnen.

Die Beschlussfassung zu Ziffer 2 erfolgt gegen die Stimmen des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

TOP 11 Sanierungs- und Ersatzbedarfe an bremischen Hafenanlagen

Vorlage Nr. 19/212-L/S

Abg. Frau Grobien dankt für die Vorlage. Hier könne man gut sehen welche Erneuerungsinvestitionen erforderlich und bereits geplant seien und welche Erfahrungswerte dort mit einfließen.

Herr Peters erläutert hierzu, dass der Konkretisierungsgrad der Kostenannahmen, je nach dem Planungsstadium in dem sich das Projekt befände, Änderungen unterliege. Auf der Ebene der ES Bau sei mit Kostenabweichungen von +/- 30 % zu rechnen, die sich erst im weiteren Planungsprozess konkretisieren. Bei den Projekten in der Vorplanung habe man sich an Erfahrungswerten aus vorhergehenden Projekten orientiert, insofern gäbe es hinsichtlich der Kosten einen geringen Konkretisierungsgrad.

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** führt **Herr Peters** aus, dass man erst nach Abschluss des Projektes „Erneuerung der Westkaje im Kaiserhafen III“ sehen könne, ob der Kostenrahmen in Höhe von 32,2 Mio. eingehalten werden kann. Dazu habe es in der Deputationssitzung am 10.08.2106 eine ausführliche Berichtsvorlage zum Kaiserhafen gegeben. Wie bereits dargestellt wurde die Kaje über einen längeren Zeitraum als sanierungsbedürftig eingeschätzt, diese Sanierung werde jetzt durchgeführt. Die Situation der ansässigen Werft habe keinen Einfluss auf die Notwendigkeit dieses Ersatzneubaus. Insofern sei eine Anpassung der Kostenstruktur nicht notwendig.

Abg. Kastendiek merkt an, sollten sich Notwendigkeiten verändern, werde man die Deputation noch einmal fassen.

Staatsrat Siering unterstreicht die Ausführungen von **Herrn Peters**. Auf Äußerungen der **Abg. Rupp** und **Kastendiek** zu den Rahmenbedingungen hebt er hervor, dass bereits in der letzten Deputationssitzung darauf hingewiesen worden sei, dass die Kajensanierung zur Sicherung des Hafenbetriebes im Kaiserhafen III notwendig sei, dies könne man auf Seite 14 des letzten Protokolls entsprechend nachlesen.

Auf erneute Nachfrage des **Abg. Rupp** weist **Herr Peters** darauf hin, dass bereits in der Deputationssitzung im Dezember 2015 im Rahmen der Finanzierungsbeschlüsse auf damalige Nachfragen klargestellt wurde, dass für das Projekt der Kajensanierung ein Finanzrahmen von ca. 33 Mio. für die öffentliche Infrastruktur vorgesehen sei, unabhängig von der Entwicklung des Werftenstandortes. Für einen betriebsfähigen Hafen sei die Erneuerung der technisch abgängigen und somit nicht mehr verkehrsfähigen Kaje zwingend erforderlich.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorstehenden Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnisnahme weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 Aktuelles

- **Sitzungstermine Deputation Wirtschaft, Arbeit und Häfen für das Jahr 2017**
Vorlage Nr. 19/222-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der vorgeschlagenen Terminplanung für das Jahr 2017 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 13 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- öffentlicher Teil -.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Stellmacher

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 12.10.2016

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	25.045.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	6.808.500	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	46.156.258	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	0
6	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -managment Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE-Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0
16	Deputation SWAH	07.09.2016	Revitalisierung Kistner Gelände	4	2016-19	2.030.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 07.09.2016) Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 07.09.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
18.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Zeit- und Maßnahmenplan	11.05.2016	Abg. Kastendiek Abg. Fecker/Kottisch	26.10.2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
24.	Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017	10.08.2016	Abg. Rupp	Ende 2016
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, Mai 2017
26.	Asbestbelastung bei der FBG	07.09.2016	Abg. Kastendiek	

Anlage 3 zu den Protokollen Nr. 13/L und Nr. 14/S der
Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 07.09.2016
Land/Stadt/öffentlich
TOP 6 (Land) TOP 7 (Stadt) „Controllingbericht der WFB per 30.06.2016“
Vorlage 19/200-L/S

Die Differenzen resultieren aus den unterschiedlichen Berichtszeiträumen der Spalten. Die Spalte 'Berichtszeitraum' weist das IST des jeweiligen Berichtszeitraums aus. Im vorgelegten Bericht somit für einen Zeitraum von sechs Monaten kumuliert per 30.06.2016. Alle Spalten des Blockes 'Gesamtjahr' sowie die Spalte 'Vorjahr' hingegen, beinhalten Plan-, Prognose bzw. IST-Zahlen für einen Zeitraum von 12 Monaten. Es handelt sich somit nicht um eine Reduzierung der Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen des Bereichs Unternehmensbetreuung der WFB (Seite 12 der Anlage).

Die nicht proportionale Differenz zwischen IST per 30.06. (147 T€) und Prognose per 31.12.2016 (2.000 T€) bei den Erträgen des Bereichs Innovation (Seite 14 der Anlage) resultiert maßgeblich aus der haushaltslosen Zeit. Am Anfang des Jahres konnte nicht in dem üblichen Rahmen gehandelt werden konnte